

Flächenversiegelung vermeiden

Radweg entlang der B3 neu: Minister antwortet Böhlen

Sinzheim (red) – Die Grüne Landtagsabgeordnete **Bea Böhlen** stellte dem Verkehrsministerium Fragen zu Finanzierung und Ausgestaltung der Radwegverbindung entlang der B3 neu zwischen Sinzheim und Steinbach, heißt es in einer Mitteilung Böhlens. In einem Abgeordnetenbrief forderte Böhlen eine Erklärung für die Finanzierung der Verbesserung der in zweifelhaftem Zustand befindlichen Wirtschaftswege. Die Kosten für die Verbesserungsmaßnahmen gehen laut baden-württembergischem Verkehrsministerium auf das Konto des Bundes. Sollte die Stadt Baden-Baden die baurechtlichen Voraussetzungen für eine Asphaltierung des Wirtschaftsweges schaffen, wäre darüber hinaus auch eine anteilige Kostenbeteiligung der Straßenbauverwaltung möglich. Zwischen dem Ende des neuen Wirtschaftswegs bis zum

Mührichgraben sei schnelle Abhilfe geplant. In der Antwort auf Böhlens Abgeordnetenbrief heißt es, das Regierungspräsidium Karlsruhe habe sich bereits mit der Stadt Baden-Baden, die für den Unterhalt der Wirtschaftswege zuständig ist, in Verbindung gesetzt, um diesen Abschnitt mit einer mineralischen Befestigung zu verbessern. Im weiteren Verlauf des Weges sollen zudem Schadstellen ausgebessert werden. Bezüglich der Frage, weswegen kein Radweg entlang der Neubaustrecke in die Planung mit aufgenommen wurde, verweist Verkehrsminister Winfried Hermann darauf, dass dies im Planfeststellungsverfahren eingehend erörtert wurde. Ergebnis: Im Umfeld der neuen B3 gibt es ausreichende Alternativstrecken. „Der Schutz des sehr empfindlichen FFH-Gebiets – also eines speziellen europäischen

Natur- und Landschaftsschutzgebiets – sowie die Vermeidung der hohen Kosten eines Radwegneubaus und einer zusätzlichen Flächenversiegelung geben eine kluge und nachvollziehbare Erklärung dafür, keinen neuen Radweg entlang der B3 neu zu bauen, sondern bestehende Wege weiter zu nutzen“, kommentiert Böhlen die Informationen aus dem Ministerium.

Grünen-Stadtrat Günter Seifermann hat Bürgermeister Alexander Uhlig das Schreiben des Verkehrsministers zukommen lassen – verbunden mit dem Antrag, die darin zulasten des Bundes zugestandenen Kosten für die Sanierung und Ertüchtigung der bestehenden Wirtschaftswege zu Radwegen und sogar eine Kostenbeteiligung an einer Asphaltierung dieser Wege rasch zu nutzen und klare Vereinbarungen zu treffen.